

N i e d e r s c h r i f t
über die 34. - öffentliche - Sitzung
des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten
und Regionale Entwicklung
am 24. April 2025
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Vorstellung der Schwerpunkte des Programms der polnischen EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2025 durch Herrn Generalkonsul Paweł Jaworski**
Vorstellung..... 4
Aussprache 6
2. **Niedersachsens Mooroffensive vorantreiben**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3658](#)
Mitberatung 9
Beschluss..... 9
3. **EU-Angelegenheiten und Berichte über Frühwarndokumente** 10
4. **Terminangelegenheiten**..... 11

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Anna Bauseneick (CDU), Vorsitzende
2. Abg. Brian Baatzsch (SPD)
3. Abg. Immacolata Glosemeyer (SPD)
4. Abg. Constantin Grosch (SPD)
5. Abg. Guido Pott (SPD)
6. Abg. Jan Henner Putzier (i. V. d. Abg. Jan Schröder) (SPD)
7. Abg. Tim Julian Wook (SPD)
8. Abg. Christoph Eilers (CDU)
9. Abg. Lena-Sophie Laue (CDU)
10. Abg. Barbara Otte-Kinast (CDU)
11. Abg. Uwe Schünemann (CDU)
12. Abg. Anne Kura (GRÜNE)
13. Abg. Tamina Reinecke (GRÜNE)
14. Abg. Dennis Jahn (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Martin.

Niederschrift:

Regierungsrat Dr. Ramm,
Parlamentsredakteur Dr. Zachäus (TOP 1), Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 14:02 Uhr bis 14:46 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:*Billigung einer Niederschrift*

Der **Ausschuss** billigt die Niederschrift über die 28. Sitzung.

Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung - Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung in Bezug auf die Auflösung des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

Abg. **Christoph Eilers** (CDU) wünscht, die Tagesordnung um eine Abstimmung über eine kurzfristige Unterrichtung durch die Landesregierung angesichts der zuvor am Tag in Aussicht gestellten Auflösung des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung zu erweitern, da unter anderem auch das Fortbestehen des Ausschusses infrage stehe. Entgegen anderslautender Aussagen sei die CDU-Fraktion im Vorfeld nicht darüber informiert worden.

Abg. **Immacolata Glosemeyer** (SPD) weist daraufhin, dass über entsprechende Pläne erst dann berichtet werden könne, wenn der derzeit noch designierte Ministerpräsident Olaf Lies gewählt worden sei.

Der **Ausschuss** verständigt sich nach kurzer Aussprache darauf, die Tagesordnung nicht entsprechend zu erweitern.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

Stattdessen wird für die gewünschte Unterrichtung die Sitzung am 12. Juni 2025 avisiert.

Tagesordnungspunkt 1:

Vorstellung der Schwerpunkte des Programms der polnischen EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2025 durch Herrn Generalkonsul Paweł Jaworski

Vorstellung

Generalkonsul **Paweł Jaworski** führt im Wesentlichen wie folgt aus:

Ich danke Ihnen sehr für die Möglichkeit, heute über unseren Vorsitz im Europäischen Rat sprechen zu können. Vor einem Monat hatten Sie ein Treffen mit Herrn Geschäftsträger ad interim Jan Tombiński und wissen bereits, was wir uns vorgenommen haben. Heute, etwas mehr als zwei Monate vor dem Ende der Ratspräsidentschaft, können wir bereits in einigen Bereichen eine Bilanz ziehen. Polen ist es gelungen, den Begriff Sicherheit in allen sieben Dimensionen - ich gehe davon aus, Herr Tombiński hat bei seinem Besuch dazu ausgeführt - als das leitende Motiv für die kommenden fünf Jahre in der EU fest zu verankern.

Unser Blick auf die Verteidigung und Wettbewerbsfähigkeit hat sich infolge des veränderten geopolitischen Umfelds grundlegend gewandelt. Die EU hat eingesehen, dass wir neue Antworten auf die wachsende Bedrohung benötigen. Sie beobachten sicherlich aufmerksam, dass die EU-Kommission in dieser Hinsicht aktiv ist. Die Kommission und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Kaja Kallas haben ein „Weißbuch zur europäischen Verteidigung - Bereitschaft 2030“ vorgelegt. Dazu kommt der ehrgeizige Plan ReARM Europe, der den EU-Mitgliedstaaten finanzielle Hebel bietet, um die Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit zu beschleunigen. Mit ReARM Europe werden die gesamteuropäischen Verteidigungsfähigkeiten durch neue finanzielle Mittel gestärkt, und über das Weißbuch wird ein neuer Ansatz für die Verteidigung festgelegt und der Investitionsbedarf ermittelt.

Der polnische Ratsvorsitz unterstützt all diese Bemühungen, um die Verteidigungsfähigkeit der EU zu stärken und die Effizienz der Verteidigungsindustrie zu erhöhen. Dabei wird auch nach Kooperationsmöglichkeiten mit Partnern wie Kanada, Norwegen oder Großbritannien gesucht. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben, die nötigen finanziellen Mittel für Investitionen in den Rüstungssektor zur Verfügung zu stellen.

Das alles bedarf einer ständigen Erklärung, um die nötige gesellschaftliche Akzeptanz einzuholen. Unter anderem darin sehe ich die große Aufgabe von Politikern. Gleichzeitig muss der Druck auf diejenigen erhöht werden, die unsere Sicherheit unmittelbar gefährden. Ohne den russischen Angriff auf die Ukraine im Jahre 2022 würden wir vermutlich in einer anderen Welt leben. Doch nun hat die EU am dritten Jahrestag des Angriffs das bereits 16. Sanktionspaket annehmen müssen. Sie wissen sicherlich, dass dies nicht selbstverständlich ist, da manche Partner dazu verschiedener Meinung sind.

Der polnische Vorsitz hat diesbezüglich aber keine Zweifel und ist bemüht, der EU dabei zu helfen, eine solidarische und einheitliche Haltung einzunehmen. Gleiches gilt für die weitere Unterstützung der Ukraine, die wortwörtlich um ihr Existenzrecht kämpft. Wir akzeptieren nicht den Versuch, Grenzen mit Gewalt zu ändern. Wir dulden es nicht, wenn man ein souveränes Volk daran hindert, seine eigenen Entscheidungen zu treffen. Und wir lassen nicht zu, dass die Geschichte neugeschrieben wird, indem man einem Land und seinem Volk seine Tradition und kulturelle Identität abspricht. Wir sind solidarisch und hilfsbereit und müssen es bleiben.

Die wirtschaftlichen Prioritäten der Präsidentschaft - Deregulierung, Aufbau eines einheitlichen Finanzmarkts, Senkung der Energiepreise und Unterstützung energieintensiver Industrien - spiegeln sich in den wichtigsten Initiativen der Kommission wider: dem Kompass für Wettbewerbsfähigkeit, der Spar- und Investitionsunion und dem Deal für eine saubere Industrie.

Die polnische Ratspräsidentschaft gibt die Richtung für die Deregulierungsmaßnahmen der EU vor und betont die Notwendigkeit eines schnellen und ehrgeizigen Vorgehens. Wir haben die Unterstützung aller EU-Länder gewonnen, um das Geschäftsumfeld durch Vereinfachung und erhöhte Regulierungssicherheit zu verbessern. Wir haben das Thema Wettbewerbsfähigkeit auf die höchste politische Ebene der EU gehoben. Die EU-Kommission veröffentlicht, basierend auf polnischen Vorschlägen, sukzessive Sammelbände mit dem Ziel, die bestehende Gesetzgebung zu vereinfachen.

Ich habe naheliegenderweise nur einige Punkte unserer Agenda erwähnt. Sie betreffen vorwiegend unsere nationalen Regierungen und Parlamente - das ist klar. Aber auch wir auf der regionalen Ebene leisten einen Beitrag, damit die EU wehrhaft und resistent sowie innovativ und industriestark bleibt.

In meinem Geschäftssitz in der Freien und Hansestadt Hamburg beobachte ich, wie stark sich die Rolle des Hafens verändert hat. Ich beobachte, wie der Hafen immer stärker zu einem Bestandteil der kritischen Industrie und Infrastruktur geworden ist. Das gilt nicht nur für den Handel, sondern auch für die Verteidigung. Ich bin sicher, dem Industriestandort Niedersachsen geht es ähnlich. Das bedeutet, letzten Endes sind wir alle aufgefordert, die weitere Entwicklung der EU zu fördern und mitzugestalten.

Ich möchte für meine Aktivität als Generalkonsul der Republik Polen in Hamburg einige konkrete Beispiele nennen. Zuvor eine Ergänzung: Für die politischen Angelegenheiten ist die Botschaft in Berlin zuständig. Wir haben andere Aufgaben, was aber nicht heißt, dass wir im luftleeren Raum sind und keine Handlungsmöglichkeiten haben. Wir tun unser Bestes, um das zu ergänzen.

Ende Dezember 2024 entstand auf meine Initiative hin eine informelle Gruppe von EU-Konsulinnen und -Konsulen im Rahmen des Konsularischen Korps. Die gab es zuvor nicht, obwohl es solche Gruppen für die Länder Afrikas oder Lateinamerikas schon seit langer Zeit gibt. Aus diesem Grund war es mein Anliegen, ebenfalls eine solche informelle Gruppe zu bilden. Bislang fanden schon einige Treffen statt. Wir versuchen, uns einmal pro Monat bis alle anderthalb Monate im kleinen Kreis zu treffen, um zu besprechen, was uns beschäftigt. Dazu gehören selbstverständlich europäische Sicherheitsfragen, aber auch die Erweiterungspolitik. Ich denke, diese Gruppe ist ganz zufrieden. Wir können uns ganz offen untereinander austauschen. Diese Plattform gibt uns die Möglichkeit, sowohl die anderen Mitgliedsländer als auch die Länder mit Beitrittsbestrebungen besser zu verstehen.

Im März dieses Jahres habe ich zudem zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung die Veranstaltung „Für ein sicheres Europa in turbulenten Zeiten“ organisiert. Teilgenommen haben Vertreter des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten sowie der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Das Generalkonsulat unterstützte auch den Geschäftsträger ad interim Jan Tombiński bei seinen Besuchen der Bundesländer, zum Beispiel in Hannover, Hamburg und Kiel. Bremen folgt bald.

Wie Sie sehen, sind unsere Bemühungen koordiniert und abgestimmt. Wir tun, was in unserer Zuständigkeit steht, um die Belange der EU zu vertreten und voranzubringen. Das betrachten wir nicht nur als unsere Aufgabe und Pflicht, sondern es steckt eine tiefe innere Überzeugung darin. Nicht zuletzt stärken wir damit die deutsch-polnische Zusammenarbeit, die für den Fortbestand der EU von größter Wichtigkeit ist. Sie als Abgeordnete des Niedersächsischen Landtags sind ein Teil dieses Prozesses. Dafür gilt Ihnen mein großer Dank.

Aussprache

Abg. **Immacolata Glosemeyer** (SPD) merkt zum Thema Sicherheit an, insbesondere Polen sei in einem besonderen Maße auf unterstützende Partnerinnen und Partner angewiesen. Deutschland erkenne diese Notwendigkeit und habe seine Unterstützungsbereitschaft für die Zukunft signalisiert.

Vor dem Hintergrund der weltpolitischen Lage bittet die Abgeordnete um eine Einschätzung des jüngsten Agierens des US-Präsidenten Donald Trump und fragt, welche Entwicklungen - auch in Hinblick auf die NATO - diesbezüglich aus Sicht des Generalkonsuls erwartet würden.

Generalkonsul **Paweł Jaworski** bedauert, dass dies in der Tat das wichtigste Thema der polnischen Ratspräsidentschaft sei. Seit dem 24. Februar 2022, als Russland die Ukraine angegriffen habe, habe sich ein Handlungsauftrag konkretisiert. Hoffnung sei notwendig, sie alleine löse aber keine Probleme. Da die Ukraine in Europa liege, sei Europa automatisch betroffen und könne sich aus diesem Konflikt nicht heraushalten, zumal verbündete EU- und NATO-Staaten ebenfalls von einem Angriffskrieg Russlands bedroht seien. In den baltischen Staaten werde diese Bedrohung verständlicherweise viel stärker wahrgenommen als in weiter westlich gelegenen Staaten.

Ganz Europa und insbesondere die EU müssten nun eigenständig unter anderem mit Blick auf Logistik und Rüstung ihre eigene Sicherheit gewährleisten können und mit einer Stimme sprechen. Momentan sei ein Alleingang ohne die NATO, die USA und andere Partner nicht möglich. Die gesamte westliche Welt müsse mit ihren gemeinsamen Werten diesen Weg beschreiten.

Die transatlantische Zusammenarbeit sei weiterhin zu stärken, was aber keinesfalls bedeute, dass auf regionaler Ebene kein Handlungsbedarf bestehe; das Gegenteil sei der Fall. Die Zusammenarbeit mit Großbritannien - trotz des Brexits - sowie anderen Partnerstaaten wie Kanada oder, mit Blick auf den Ostseeraum, Norwegen sei relevant. Dies alles müsse nun zügig angegangen werden; denn es sei bereits zu viel Zeit mit Nachdenken verloren gegangen.

Abg. **Christoph Eilers** (CDU) betont zunächst, dass Europa im Bereich der Sicherheit die Zeichen der Zeit erkannt habe und sich auf einem gemeinsamen Weg befinde. Gleichzeitig sei man in Europa auch froh, dass Polen diesbezüglich eine Führungsrolle übernommen habe.

Angesichts der Gefahr einer Deindustrialisierung aufgrund der hohen Energiepreise erkundigt sich der Abgeordnete nach polnischen Lösungsansätzen, auch in Bezug auf den europäischen Strommarkt.

Darüber hinaus gebe es - wie erwähnt - Länder, die zu diversen Punkten eine andere Meinung als zum Beispiel Polen oder Deutschland verträten. Der Vertreter der CDU fragt mit Blick auf das Thema Einstimmigkeit, wie man sich vorstelle, diesbezüglich als Europa handlungsfähiger und agiler zu werden.

Generalkonsul **Paweł Jaworski** weist darauf hin, dass eine der sieben Dimensionen der Sicherheit Energie sei. Seit 2022 habe es diesbezüglich Änderungen gegeben, in Deutschland zum Beispiel aufgrund des Anschlags auf die Nord-Stream-Pipelines. Die Abhängigkeit von Russland sei mittlerweile viel geringer - dies sei ein Ziel, welches Polen im Grunde seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verfolgt habe. Hohe Energiepreise seien kein alleiniges Problem von Deutschland. Ein Fallen der Energiepreise sei nicht nur für die Industrie, sondern auch für die Menschen wichtig - das sei auch eine soziale Frage: Angesichts des teuren Wohnraums dürften nicht auch die Nebenkosten hoch sein.

Der Kohleausstieg habe in diesem Zusammenhang selbstverständlich einen Preis, was aber nicht bedeuten dürfe, auf die Gewinnung grüner Energie zu verzichten. Diese müsse weiterentwickelt werden, ob nun off- oder onshore. Aufgrund des Zugangs zum Meer und der weiten Flächen, die günstig für Windräder seien, sei Niedersachsen bekanntlich ein sehr geeigneter Standort hierfür.

In Polen werde die Energiesicherheit wiederum auch durch Atomstrom gewährleistet. Es sei in Polen nicht umstritten, dass Atomkraftwerke gebraucht würden, um die Lücke infolge der Abkehr von der Stromerzeugung durch Kohle zu schließen. Langfristig gesehen müsse Energie im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit wieder günstiger werden. Auch die in Niedersachsen ansässigen Industriesektoren wie der Automobilbau, die Stahlerzeugung, die Pharma- oder die Chemieindustrie könnten ohne günstigere Energie nicht wettbewerbsfähig bleiben. Ein gemeinsamer europäischer Weg in dieser Sache wäre zwar gut, gestalte sich aber sehr schwierig, da sich in einzelnen Ländern teilweise seit Jahrzehnten unterschiedliche Energieversorgungskonzepte etabliert hätten.

Zum Thema Einstimmigkeit sei zu sagen, dass diese weiterhin notwendig bleibe, insbesondere mit Blick auf die Erweiterung der EU. Ohne dieses Instrument werde der Entscheidungsprozess der EU erschwert werden. Hier träfen verschiedene Interessen und Sichtweisen aufeinander. Er verweist ferner auch auf die Äußerungen des polnischen Ministerpräsident Donald Tusk zu diesem Thema.

Abg. **Anne Kura** (GRÜNE) betont zunächst die Relevanz der Sicherheitsfragen und der Unterstützung der Ukraine. In der Tat sei es wichtig, dass Europa geschlossen mit einer starken Stimme spreche. Für die Grünen sei - auch im Zusammenhang mit der Energiewende - darüber hinaus stets auch die Umweltsicherheit und somit die Sicherheit der Lebensgrundlagen relevant.

Ihre Frage beziehe sich aber auf den Zustand der Demokratie und den Zusammenhalt der Gesellschaften. Die EU stehe als Wertegemeinschaft bekanntlich für die Menschenrechte und die Stärkung der Demokratie. Diesbezüglich gebe in einzelnen Mitgliedstaaten durchaus beunruhigende Tendenzen.

Die EU müsse sich als wichtiger Player etablieren, unabhängig von den USA werden und gleichzeitig ihre Rolle in den Handelskonflikten finden. Sie interessiere, wie Polen in seiner Zeit der Ratspräsidentschaft die genannten Entwicklungen wahrgenommen habe und wie es die Stabilität der Demokratie in Europa bewerte.

Generalkonsul **Paweł Jaworski** berichtet, am Vortag habe Polens Außenminister Radosław Sikorski im Parlament betont, Europa müsse in seinen Werten vereint bleiben, und die Demokratie gehöre zu Europa. Eine Demokratie, die in der Lage sei, auch schwierige Entscheidungen

zu treffen, könne anderen Akteuren auf der Welt als positives Beispiel dienen. So könnte Europa in demokratisch weniger gefestigten Ländern eine Art Vermittlerrolle übernehmen.

Sich zu politischen Lagen in den verschiedenen Ländern und Mitgliedstaaten zu äußern, falle ins Aufgabengebiet der Botschaft, weshalb er sich hierzu nicht auslassen wolle. In jedem Falle müsse die Demokratie mit allen möglichen Mitteln verteidigt werden. In Polen, wo man lange für die Demokratie habe kämpfen müssen, verstehe man dies sehr gut.

Tagesordnungspunkt 2:

Niedersachsens Mooroffensive vorantreiben

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3658](#)

erste Beratung: 36. Plenarsitzung am 15.03.2024

federführend: AfUEuK;

mitberatend: AfWVBuD; AfELuV; AfBuEuR;

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF

Beratungsgrundlagen:

- *Änderungsvorschlag der Fraktionen der SPD und der Grünen (Vorlage 7)*
- *Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses (Annahme in geänderter Fassung)*

Mitberatung

Abg. **Anne Kura** (GRÜNE) betont die Wichtigkeit des Themas auch für die Regionen und weist auf die formale Natur der mündlich beschlossenen Korrektur des Beginns der Nr. 15 (Berichtigung zu „das Grünlandzentrum Niedersachsen/Bremen“) hin. - Abg. **Guido Pott** (SPD) bringt ebenfalls die Zustimmung seiner Fraktion zum Ausdruck.

Beschluss

Der - mitberatende - Ausschuss schließt sich dem - federführenden - Ausschuss an, dem Landtag zu empfehlen, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

Tagesordnungspunkt 3:

EU-Angelegenheiten und Berichte über Frühwarndokumente

Der **Ausschuss** nimmt schriftliche Kurzunterrichtungen in Form von Frühwarndokumenten entgegen:

- BR-Drs. 142/25 - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2023/956 hinsichtlich einer Vereinfachung und Stärkung des CO₂-Grenzausgleichssystems; COM (2025) 87 final (**Anlage 1**)
- BR-Drs. 144/25 - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2006/43/EG, 2013/34/EU, (EU) 2022/2464 und (EU) 2024/1760 im Hinblick auf bestimmte Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Sorgfaltspflichten von Unternehmen; COM (2025) 80 final (**Anlage 2**)

Auf Nachfrage von Abg. **Tamina Reinecke** (GRÜNE) informiert Vors. Abg. **Anna Bauseneick** (CDU) darüber, dass das MU den Ausschuss zu der Bundesratsdrucksache 118/25 voraussichtlich in der für den 12. Juni 2025 terminierten Sitzung unterrichten werde.

Tagesordnungspunkt 4:

Terminangelegenheiten

Parlamentarische Informationsreise nach Brüssel vom 28. bis 30. April 2025

Vors. Abg. **Anna Bauseneick** (CDU) teilt dem Ausschuss den finalisierten Planungsstand zur Reise mit.

Europa Café im Forum des Landtags am 19. Mai 2025

Ferner bittet die Vorsitzende diejenigen Ausschussmitglieder, die sich für eine Teilnahme am Europa Café angemeldet hätten, darum, das Referat 5 der Landtagsverwaltung darüber zu informieren.

Ausfall einer Ausschusssitzung

Der **Ausschuss** kommt überein, auf seine für den 8. Mai 2025 vorgesehene Sitzung zu verzichten.

MB
Referat 202

Hannover, der 14.04.2025

Frühwarnsystem: BR-Drs. 142/25

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2023/956 hinsichtlich einer Vereinfachung und Stärkung des CO₂-Grenzausgleichssystems; COM (2025) 87 final

Zielsetzung:

Vereinfachung und effektive Ausgestaltung der CBAM-Vorschriften (CO₂-Grenzausgleichssystem) und damit Bürokratieabbau für Wirtschaft und Vollzugsbehörden.

Inhaltliche Schwerpunkte:

Der Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) ist Teil der EU-Klimastrategie und zielt darauf ab, CO₂-Emissionen auch über die EU hinaus zu bepreisen. Seit Januar 2024 sind alle europäischen Unternehmen, die bestimmte Güter aus Nicht-EU-Ländern importieren, dazu verpflichtet, die damit verbundenen CO₂-Emissionen vierteljährlich an die EU zu melden. Dies betrifft vor allem Importe von Stahl-, Eisen- und Aluminiumprodukten.

Zentraler Vorschlag der EU-Kommission (KOM) ist die Einführung einer CBAM-spezifischen Freigrenze für Importe von CBAM-Waren in Form eines kumulativen jährlichen Schwellenwerts von 50 Tonnen pro Einführer, mit der Ausnahme von Strom und Wasserstoffimporten. KOM erwartet dadurch ca. 90 % der Einführer von CBAM-Berichts- und Abgabepflichten befreien zu können, während weiterhin ca. 99 % der in die EU importierten Emissionen erfasst werden. Darüber hinaus werden weitere Vereinfachungsmaßnahmen vorgeschlagen, z.B. im Hinblick auf die Zulassung von CBAM-Anmeldern sowie die Berechnung der grauen Emissionen und die Nutzung von Standardwerten.

Finanzielle Auswirkungen:

Die haushaltsrechtlichen Konsequenzen auf nationaler und EU-Ebene werden voraussichtlich gering sein, da die Importeure großer Mengen an CBAM-Waren weiterhin CBAM-Zertifikate erwerben müssen, die den Großteil der in die EU importierten Emissionen ausmachen.

Bedeutung für Niedersachsen:

Niedersachsen ist durch die Verordnung in ähnlicher Weise wie alle anderen Länder betroffen. Die weitere Positionierung erfolgt im üblichen Bundesratsverfahren.

MB
Referat 202

Hannover, der 10.04.2025

Frühwarnsystem: BR-Drs. 144/25

Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2006/43/EG, 2013/34/EU, (EU) 2022/2464 und (EU) 2024/1760 im Hinblick auf bestimmte Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Sorgfaltspflichten von Unternehmen; COM (2025) 80 final

Zielsetzung:

Zentrale Zielsetzung der Richtlinienanpassung ist die Verlängerung der Umsetzungsfristen für Mitgliedstaaten zu Sorgfaltspflichten und Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen.

Inhaltliche Schwerpunkte:

Am 03.04.2025 stimmte das EU-Parlament für ein späteres Inkrafttreten für neue EU-Regeln zu Sorgfaltspflichten und zur Nachhaltigkeitsberichterstattung.

Die neuen "Due-Diligence"-Vorschriften verpflichten Unternehmen, ihre negativen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt zu reduzieren. Die Mitgliedstaaten haben ein zusätzliches Jahr – bis zum 26.07.2027 – Zeit, um die Vorschriften in nationales Recht umzusetzen. Die einjährige Verlängerung gilt auch für die erste Welle betroffener Unternehmen, und zwar für EU-Unternehmen mit mehr als 5.000 Beschäftigten und einem Nettoumsatz von mehr als 1,5 Milliarden Euro sowie Nicht-EU-Unternehmen mit einem Umsatz über diesem Schwellenwert in der EU. Diese Unternehmen müssen die Regeln erst ab 2028 anwenden. Dies gilt auch für Unternehmen in der EU mit mehr als 3.000 Mitarbeitern und einem Nettoumsatz von mehr als 900 Millionen Euro sowie für Nicht-EU-Unternehmen mit einem Umsatz über diesem Schwellenwert in der EU.

Die Anwendung der Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung wird sich für eine weitere Gruppe von Unternehmen, die unter die Gesetzgebung fallen, um zwei Jahre verzögern. Große Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern müssen erstmals im Jahr 2028 für das vorangegangene Geschäftsjahr über ihre sozialen und ökologischen Maßnahmen Bericht erstatten. Börsennotierte kleine und mittlere Unternehmen müssen diese Informationen ein Jahr später vorlegen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die haushaltsrechtlichen Konsequenzen auf nationaler und EU-Ebene werden voraussichtlich gering sein, da die Importeure großer Mengen an CBAM-Waren weiterhin CBAM-Zertifikate erwerben müssen, die den Großteil der in die EU importierten Emissionen ausmachen.

Bedeutung für Niedersachsen:

Niedersachsen ist durch die Richtlinie in ähnlicher Weise wie alle anderen Länder betroffen. Die weitere Positionierung erfolgt im üblichen Bundesratsverfahren.